

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3
Verlagsredaktion: Dönhofs 292 - 293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstag 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3
Verlagsredaktion: Dönhofs 2500-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Keine gemeinsame Antwort.

Paris, 26. Juli. (Eca.) Nach den Mitteilungen der Pariser Morgenblätter sieht es nunmehr fest, daß Paris und Brüssel keine gemeinsame Antwort nach London richten werden. Der 'Petit Parisien' behauptet, daß die beiden Antworten jedoch in ihrem Hauptinhalt übereinstimmen werden. Sie werden beide in freundschaftlichsten Ausdrücken gehalten sein und die Fortsetzung der Verhandlungen gestatten. Eine Zusammenkunft zwischen Theunis und Poincaré wird, wie die Blätter melden, erst nach der Lieberreichung der französischen und belgischen Antwort in London stattfinden.

Paris, 26. Juli. (Eca.) Der Brüsseler Korrespondent des 'Deure' macht folgende Mitteilungen über den Standpunkt der belgischen Regierung und über die Gedankengänge, von denen sie sich bei ihrer gegenwärtigen Politik leiten läßt:

- 1. Es ist für Frankreich und Belgien eine Notwendigkeit, Wiedergutmachungen zu erhalten.
2. Die Truppen sollen sobald wie möglich aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen werden, unter der Bedingung, daß Deutschland seine Schulden anerkennt und greifbare Garantien leistet. Diese Garantien sind in den bekannten belgischen Studien enthalten, die nicht weniger als 45 Seiten umfassen: Einführung eines Kontrollsystems für die verschiedenen Einnahmequellen Deutschlands.
3. Die Abschätzung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands während oder für eine bestimmte Zeit durch eine von der Reparationskommission zu ernennende Sachverständigenkommission.

Paris, 26. Juli. (MIB.) Der belgische Botschafter in Paris sprach gestern bei Poincaré vor, um ihm den Standpunkt Belgiens in der Frage der Beantwortung der englischen Dokumente mitzuteilen.

Der belgisch-französische Gegensatz.

London, 26. Juli. (MIB.) Der diplomatische Berichterstatter des 'Daily Telegraph' führt aus, der Schwerpunkt der diplomatischen Tätigkeit befindet sich jetzt in Brüssel, wo der französische Botschafter mit den belgischen Ministern unterhandelt. Trotz Geheimhaltung der dem Botschafter erteilten Instruktionen sei ziemlich viel über den französischen Standpunkt bekannt. In der Frage des passiven Widerstandes sei Poincaré unzugänglich und entschlossen, die Brüsseler Regierung an den Buchstaben des Brüsseler Communiqués zu binden. Infolgedessen werde Frankreich eine Erklärung, die auch nur entfernte Andeutungen enthalte, daß die Einstellung des passiven Widerstandes Deutschland irgend einen Vorteil schaffen würde, keineswegs unterzeichnen und erwarte, daß Belgien die gleiche Haltung einnehme. Die Franzosen gingen eher noch weiter. Es heiße, daß, abgesehen von der Rückkehr zur Unsichtbarmachung der Besetzung und einer Amnestie für gewisse rheinische Beamte und Arbeiter, die belgische Regierung auch für die Aufstellung eines Gesamtplanes einer eventuellen Räumung in militärischer, ziviler und wirtschaftlicher Hinsicht sei. Bei den Franzosen herrsche jedoch die Auffassung vor, daß ein solcher Plan, der in irgend einer Gestalt

bereits in Paris zu existieren scheine, jetzt nicht vorgebracht werden solle, da er auf ein indirektes Feilschen mit England hindeuten würde. Außerdem könne eine vollständige Zurückziehung der Besetzungstruppen und ein baldiger Verzicht auf die Rechte der Kontrolle der hauptsächlichsten Pfländer nicht in Frage kommen.

Was den englischen Vorschlag wegen eines unparteiischen Sachverständigen-Ausschusses anlangt so fürchte man in Paris, daß damit nicht nur alliierte und amerikanische Sachverständige gemeint sein könnten. Poincaré habe kürzlich betont, daß der Einschluss von Neutralen in die Zahl der Sachverständigen dem Versailler Vertrag widersprechen würde. Außerdem wolle Poincaré, daß Belgien gemeinsam mit Paris dagegen aufträte, daß die Kommission die Gesamtschuldung festsetze. Höchstens würde er einem Kompromiß zustimmen, das, wie es heiße, von einem belgischen Staatsmann vorgebracht worden sei, und wonach die Kommission nach einer Prüfung der deutschen Hilfsquellen empfehlen solle, welche Annuitäten gezahlt werden sollten und welchen Wert gewisse Zahlungsmethoden hätten. Annuitäten könnten dann für einen Zeitraum von zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren festgesetzt werden, und zwar in der Weise, daß sie den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs und Belgiens mit einem Minimum von 26 bzw. 5 Milliarden (A und B) ermöglichen, andererseits zur Zahlung der Zinsen der englischen Schuld an Amerika dienen.

Dieser Vorschlag erklärt der Berichterstatter für verfrüht, da er der Entscheidung der Sachverständigenkonferenz vorgehe, welche Reparationen Deutschland leisten solle. Außerdem sei es eine Regelung, die nicht endgültig und die wirtschaftlich ungefund sei und Probleme wirtschaftlicher und anderer Art in gefährlicher Weise für eine bestimmte Periode offen lasse. Die daraus sich ergebende Unsicherheit würde die Aussicht auf eine eventuelle internationale Anleihe während der nächsten Jahre gefährden. Außerdem müsse England auf der Hut sein vor einer Regelung, die das Recht Italiens, Serbiens und Rumaniens unberücksichtigt lasse und die der Aussicht auf amerikanische Beteiligung durch Verschmelzung der Reparationsfrage mit der Frage der Schulden entgegenwirken werde.

Was die Garantien für die Zahlungsquellen betreffe, so sei Poincaré den Anregungen der belgischen Sachverständigen nicht geneigt. Er bezweifelte die Wirksamkeit von Garantien, die sich nicht in den Händen der Alliierten befänden, sei aber einem Versuch nicht abgeneigt, vorausgesetzt, daß die gegenwärtig im Besitz gehaltenen Pfländer als Sicherheit für Anleihen und als gemeine Sicherheiten leibschelten würden.

Folgen der Ruhraktion.

London, 26. Juli. (MIB.) Die Industriegruppe des Unterhauses hat einen Brief an den Premierminister gerichtet, in dem auf die ernste wirtschaftliche Lage Europas infolge der Ruhraktion hingewiesen wird. Die Zahl der Arbeitslosen werde voraussichtlich bald auf 1 1/2 Millionen gestiegen sein. Die Regierung wird aufgefordert, durch Veranlassung umfangreicher Arbeiten, Elektrifizierung von Eisenbahnen usw. neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Aufhebung der Grenzsperrung erfolgt.

Frankfurt a. M., 26. Juli. (MIB.) Die Verkehrsperre an der Grenze des besetzten Gebietes ist seit heute früh an verschiedenen Stellen aufgehoben, so daß dort der frühere Verkehr in starkem Maße einsetzt. Jedoch wird aus einzelnen Bezirken berichtet, daß dort die Sperre noch in Kraft ist; anscheinend ist also die Aufhebung tatsächlich angeordnet, die Anweisung dazu jedoch noch nicht überall eingegangen.

Ähnliche Nachrichten liegen aus anderen Grenzbezirken vor.

Ministerkrise in Belgien.

Paris, 26. Juli. (IL.) Das 'Journal' berichtet aus Brüssel: Anlässlich der letzten Ministerkrise mußte Theunis seinen Einfluß dahin ausüben, den Verteidigungsminister Devezge zu bewegen, noch in Amte zu bleiben. Devezge kam dem Drängen des Ministers nach, besonders weil er wünschte, dem Plan der Sozialisten, die bekanntlich zu der sechsmonatigen Dienstzeit neigten, energisch entgegenzutreten. Das Ministärgeheh wird spätestens am 1. August gegenzutreten. Das Ministärgeheh wird spätestens am 1. August gegenzutreten. Das Ministärgeheh wird spätestens am 1. August gegenzutreten.

'Europa hat Amerika nicht nötig'.

Eine Rede des Senators Johnson.

New York, 26. Juli. (E.S.) Der kalifornische Senator Johnson, der von einer 4 1/2monatigen Reise durch Europa zurückgekehrt ist, hielt am Mittwoch abend in New York eine Rede, die in den Vereinigten Staaten schon seit mehreren Tagen mit besonderer Spannung erwartet worden ist. Der Senator bekämpft die Kampagne des Haager Schiedsgerichtshof und tritt zugleich für die vollständige Abkehr Amerikas von den europäischen Angelegenheiten ein. Er erklärte, daß in Europa niemand glaube, daß der Haager Schiedsgerichtshof einen Krieg verhindern könne. Es sei unerantwortlich, in Amerika eine dahingehende Propaganda zu unternehmen. Das Haager Schiedsgericht sei weiter nichts, als eine Instanz, der man die Streitfragen unterbreiten könne oder nicht. Es sei weiter nichts, als eine bedeutungslose Friedensagentur. Der Senator kennzeichnet

die Lage in Europa folgendermaßen: Der Weltgedanke der englischen Außenpolitik sei noch immer die Gewinnung der Handelsvorratschaft in der Welt. England habe deshalb im Kriege gegen Deutschland Stellung genommen, weil Deutschland den englischen Weltmarkt bedrohte. Jetzt nehme England ebenso tatkräftig Stellung gegen Frankreich, weil es den Anschein habe, daß Frankreich den Kontinent beherrschen wolle. Europa habe Amerika nicht nötig. Europa sei imstande, seine Angelegenheiten allein zu ordnen. Man rufe Amerika nicht um seiner besonderen politischen Klugheit, sondern um dessen willen an, weil man wisse, daß es das reichste Land der Welt sei und daß es eine starke militärische Kraft in sich birge. Man müsse sich jetzt bewußt sein, daß man Amerika seiner Muskeln und nicht seines Gehirns wegen auffordert, Frankreich und England zu helfen, den Versailler Vertrag durchzuführen.

Dollar 760 000.

Der heutige amtliche Devisenverkehr stand völlig unter dem Eindrucke des starken Kurssturzes der Mark auf den gestrigen Auslandsbörsen. Die Nachfrage ist noch immer so groß, daß die Reichsbank scharfe Repartierungen vornehmen mußte. Sie hält aber an dem neuerdings verfolgten Prinzip einer starken Heraushebung des Kursniveaus, zum Teil sogar über die Parität der ausländischen Marktkurse fest, um unberechtigte Anforderungen nach Möglichkeit abzuwehren und den Verkauf inländischer Devisenbestände ins Ausland zu verhindern. Heute notierten amtlich: London 3 500 000 bei 12 1/2 Proz. Zuteilung, Holland 296 000 Mark bei 7 Proz. Zuteilung.

Die Tendenz für die Effekten ist im Grund fest, doch beobachtet die örtliche Spekulation eine bemerkenswerte Zurückhaltung, da die Geldmarktlage nach wie vor eine sehr angespannte ist. Man hofft allerdings im Hinblick auf die bekannten Erklärungen der Reichsbank, daß die Geldknappheit in wenigen Tagen behoben sein wird. Kauforders aus der Provinz liegen bisher bei den Berliner Banken nur in mäßigem Umfange vor, da auch dort die Banken in der Kreditgewährung sehr vorsichtig sind.

Danziger Vormittagsdevisen: Holland 260 000 bis 263 000, England 3 038 000 bis 3 082 000, Amerika 660 000 bis 670 000 und Polennoten 350 bis 360.

Kampf der Teuerung!

In wahnsinnigen Sprüngen steigen die Preise. Der von Tag zu Tag um Hunderttausende von Mark heruflatternde Dollarkurs ist das Signal zur allgemeinen Preiserhöhung. Es hieße, Bekanntes bis zum Ueberflusse zu wiederholen, wollte man in Zusammenstellungen zeigen, wie vernichtend die Preisentwicklung auf die Kaufkraft der Bevölkerung wirkt. Und wenn heute die wöchentliche Indexziffer sagt, daß am Montag der durchschnittliche, durch die niedrige Wohnungsmiete noch künstlich gefestete Warenpreisstand auf dem 39 336fachen der Vorkriegszeit war, so ist das ein Preisniveau, das die proletarische Hausfrau sich heute bereits zurückwünscht — so sehr ist es durch die Tatsachen schon wieder überholt. Unruhe flackert auf, und droht weiter um sich zu greifen. Ausbrüche der Erbitterung und der Verzweiflung machen sich überall in erregten Worten Luft. Man muß sich mehr darüber wundern, mit welcher Selbstdisziplin und Zurückhaltung die Arbeiterschaft Deutschlands die Teuerung erträgt, als etwa darüber, daß vereinzelt die Wogen der Erbitterung sich überschlagen haben. Jedenfalls ist die Disziplin der Arbeiter in dem Abwehrkampf um die Ruhr viel, viel größer als die jener Vertreter des Kapitals, die, wie nach den Vorgängen an der Berse gegen Ende der letzten Woche erneut bewiesen ist, weit über ihren Bedarf hinaus Devisen verlangen, den Dollarkurs so in die Höhe treiben und der allgemeinen Verelendung vorarbeiten.

Indes wächst die Spannung der breiten Massen mit jedem Tage. Nicht irgend welche windigen Parolen haben hier gewirkt; die Folgen einer verfehlten Wirtschafts- und Währungs politik reifen in einer Weise, die den hellen Jubel des internationalen Kapitals, soweit es auf Deutschlands Zerstörung bedacht ist, und seines Sachwalters Poincaré wecken muß. Ohne finanzielle Vorbereitung ist man in den Ruhrkrieg hineingegangen. Tat man das, so müßte man die verheerenden Folgen voraussehen. Aber wenig, fast nichts ist geschehen, sie zu mildern. Die Regierung hat kein Recht, sich darauf zu berufen, daß die von ihr ausgebaute Devisenordnung und manche anderen Schritte am Devisenmarkt von der Sozialdemokratie gewollt wurden. Der grundsätzliche Fehler der Wirtschafts- und Devisenpolitik war, daß man eben nur Teile aus einem geschlossenen Währungsprogramm herausriß, wie es die Sozialdemokratie entwickelt hat, während man darauf verzichtete, die Devisen wirksam zu erfassen, Ordnung in die Staatsfinanzen zu bringen und rechtzeitig eine in Papiermark einzahlbare Goldanleihe aufzulegen. In diesen Dingen wich man immer vor den Interessenten zurück. Und daher kommt die Goldanleihe erst ein Jahr später, nachdem sie die Sozialdemokratie gefordert hatte, vielleicht noch nicht spät genug, um die Belastung des Devisenmarktes abzuschwächen, sicher aber viel zu spät, um die Desorganisation der Währung und Wirtschaft aufzuhalten, die seit dem 18. April in so katastrophalem Maße eingerissen ist.

Die wachsende Not droht den Blick der breiten Massen zu trüben. Noch immer hört man die Forderungen, die in früheren Stadien der Geldentwertung berechtigt waren, die aber jetzt, nachdem der Dollar seit Mitte April auf das Zwanzigfache gestiegen ist, einfach nicht mehr durchführbar sind. Man ruft nach Höchstpreisen, die ohne eine restlose Wiedereinführung der Zwangswirtschaft wirkungslos wären und nur die Ware vom Markt verschleppen könnten. Denn ohne Zwangswirtschaft sind Höchstpreise allenfalls für kurze Zeit aufrechtzuerhalten. Das erlebt man im Zeitungsgewerbe jetzt am deutlichsten. Der Reichswirtschaftsminister bestimmt den Höchstpreis, die Fabrikanten erklären darauf den Lieferstreik, und für die Beschlagnahme des Papiers und die Sozialisierung der Fabriken glaubt man nicht die Mehrheit der von den Interessenten beherrschten bürgerlichen Parteien zu finden.

In noch schlimmerer Lage befindet sich der Verbraucher gegenüber den Lebensmittelverforgern. Mit dem Produzenten kommt er nicht in Berührung — der sitzt draußen auf dem Lande und denkt gar nicht daran, gegen wertlose Papiermark mehr Ware auf den Markt zu bringen als er eben muß. Die Empörung richtet sich denn oft genug gegen den Kleinhandel. Freilich gibt es auch in diesen Reihen manches zweifelhafte Element. Aber gerade die zweifelhaften Elemente verstehen sich auf ihr Handwerk viel zu gut, um sich so leicht bei unsauberen Praktiken ertappen zu lassen. So kommt es, daß die Erbitterung sich dann, wenn aus irgendeiner Weise Täuschungen entstehen, oft gegen die ehrlichen Kreise des Kleinhandels wendet, die ohnehin schon infolge des Verfallens des Kreditystems und der wahnsinnigen Preissteigerung kaum mehr imstande sind, die zur Verforgung notwendigen Warenmengen heranzuschaffen.

Belästigungen des Kleinhandels durch Teuerungstrawalle würden die Lage noch mehr erschweren. Sie würden zum völligen Verfall der Lebensmittelverforgung führen, das sich jetzt schon auf einzelnen Marktgebieten, wie bei Kartoffeln, ausländischen Gemüsen usw., zeigt. Auch von der Wucherpolizei kann man nicht erwarten, daß sie den Kleinhandel zwingt, Ware, die zufälligerweise früher eingekauft worden ist und nicht sofort ihren Abnehmer gefunden hat, unter der Hälfte des heute gültigen Großhandelspreises zu verkaufen. Das würde bei dem Verfall desselben Kreditystems, das den Großunternehmungen mit der Geldentwertung Riesengewinne bringt, einen Schwund der Warenlager bedeuten, der gleichfalls die Ernährung und Verforgung auf das schwerste gefährdet. Die Wucherpolizei kann nach Erzfessen, nach planmäßiger

Preisfreiheit, nach Restenhandel und ähnlichen Dingen fahnden, ihrer Tätigkeit gegen die Geldentwertung sind durch die tatsächlichen Wirtschaftsverhältnisse und durch die rechtlichen Vorschriften enge Grenzen gezogen.

Nun wirkt es wie eine Ironie, daß Produzenten und Großhandel die Propaganda für die Wertbeständigkeit der Löhne nach einer bedenklichen Richtung ausgenutzt haben. Man hat in den Preisen die wertbeständigen Löhne, die noch gar nicht da waren, vorwegzunehmen gesucht, hat Schlüsselpreise eingeführt, wo man sich vorher mit Preiserhöhungen von Fall zu Fall begnügte, und hat anderwärts diese Schlüsselpreise sogar durch reine Goldpreise ersetzt. So hat man diejenigen Preise, die noch nicht ganz Goldcharakter hatten, wertbeständig gemacht, während die Arbeiterschaft um ihren wertbeständigen Lohn rang. Das war vorauszu sehen. Denn auch in Oesterreich hatte man dieses System erprobt. Aber der grundsätzliche Fehler liegt darin, daß man eben jetzt die wertbeständigen Löhne noch längst nicht allgemein durchgeführt und wirksam genug ausgestaltet hat, um sie zu der Waffe gegen die Teuerung zu machen, die sie tatsächlich sind.

Denn sie sind für die Arbeiterschaft zunächst die einzige Waffe. Von der Kraft der Arbeiterorganisation hängt es ab, in welchem Maße man die Teuerung durch die wertbeständigen Lohnklauseln automatisch berücksichtigen kann. Von ihnen allein aber hängt es nicht ab, die Währungspolitik zu machen. Das ist Sache der Regierung. Die Währungspolitik ist jedoch das wichtigste Mittel, um die Teuerung überhaupt auszuschalten. Die Sozialdemokratie hat es daher als ihre vornehmste Aufgabe angesehen, diese mit aller Kraft zu fördern. Daß der Dollar gegen den Feind im Lande ist, war vor Beginn der Ruhraktion bereits klar. Daß der Fall der Mark aber nicht gehemmt, sondern gefördert wird durch Maßnahmen, welche sogar von bürgerlichen Sachverständigen wegen ihrer Unzulänglichkeit als lindisch bezeichnet werden, ist ebenfalls klar. Auf die Regierung fällt die Verantwortung zurück, wenn nicht das Letzte zur Aufrechterhaltung der Mark geschieht. Die Einführung von Goldsteuern, die Finanzierung des Ruhrkrieges durch besondere Steuerquellen, vor allem aber die Durchführung eines Kredit systems auf der Goldbasis, das allen, auch dem jetzt vom Kredit fast ausgeschlossenen Kleinhandel zugänglich ist und nicht nur den Großunternehmern, kurz die Einführung einer Zwischenwährung, ist jetzt notwendig. Zögert man noch lange, so sind nicht nur die schwersten innerpolitischen Wirrnisse unausbleiblich, auch der Ruhrkampf, in dem das arbeitende Volk die größten Opfer gebracht hat, muß dann zusammenbrechen. Noch ist es Zeit, dem vorzubeugen! Aber schon die nächsten Tage können uns Schlimmeres bringen, wenn die Regierung in ihrer Politik des Unzulänglichen verharret.

Der völkische Bolschewistenschwindel.

Von Maurenbrecher entlarvt.

Mit dem Bolschewistenschrecken locken die völkischen Kampferbände dem geängstigten Spießbürger das Geld aus der Tasche. Mit dem Bolschewistenschrecken und dem Vorgeben, nur durch sie könne die Verwandlung Deutschlands in eine Sowjetregierung verhindert werden, suchen sie ihren bewaffneten Aufmarsch gegen die Republik zu verschleiern. Da ist es sehr wertvoll, daß Herr Max Maurenbrecher in der von ihm geleiteten „Deutschen Zeitung“ folgende Erkenntnisse von sich gibt:

Wahrscheinlich ohne es zu wollen, hat der preussische Innenminister, Herr Severing, den Kommunisten einen großen Dienst getan! Denn hätten diese nach dem hysterischen Getöse, das sie in immer mehr sich überschlagenden Tönen in den letzten vierzehn Tagen gemacht haben, um ihre Massen zum Antifaschistentag des 29. Juli zusammenzubringen, — hätten sie danach diesen Tag wirklich abhalten müssen, so wäre es zu einer Aufdeckung ihrer

Schwäche und möglicherweise zu einem Auseinanderfallen ihrer ganzen Bewegung gekommen. Denn all das wüste Geschrei oder auch örtliche Unruhen, wie Kundenerungen, Krawalle, Toischlagen einzelner Nationalisten u. a. m., können darüber nicht hinwegtäuschen, daß der Kommunismus zu einer großen Tat in Deutschland heute nicht fähig ist. Er schreit in seine Anhänger hinein, um sie zu beschuldigen, zu betäuben, in Bewegung zu halten, um ihnen den Eindruck zu erwecken, als werde etwas geschehen. Aber, es wird nichts geschehen, denn er hat die Macht nicht, irgend etwas Ernstliches im Kampf um die Regierungsgewalt zu unternehmen.

Herr Maurenbrecher bestätigt damit, daß eine „kommunistische Gefahr“ nicht existiert. Richtiger, sie existiert, aber nur als eine Gefahr für die Arbeiterbewegung selbst, die sie zerwühlt, durcheinanderbringt und in ihrem Kampf empfindlich schädigt, sie existiert aber nicht als eine ernste Gefahr für den Kapitalismus. Ist dem aber so, dann ist alles, was die völkischen Geheimbünde zur Rechtfertigung ihres Daseins vorbringen, nichts weiter als nichtswürdiger Schwindel.

Zum Fall Fehrenbach.

Strathmann contra Faß.

Jüngst stellte Genosse Dittmann im „Vorwärts“ fest, daß der deutschnationale Abgeordnete Dr. Strathmann in der „Kreuzzeitung“ behauptet, nach der Ermordung Eisners sei dessen Sekretär, der vom Münchener Volksgericht zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilte Genosse Fehrenbach, mit dem Rufe „Rache für Kurt Eisner“ im Postauto durch München gerast, während der alldeutsche Oberlandesgerichtsrat Dr. Faß in dem Urteil gegen Fehrenbach ausdrücklich darauf hinweise, daß Fehrenbach nach dem Tode von Eisner eine erstaunliche Ruhe und Umsicht entfaltet und zur Beruhigung der Truppen und der Münchener Bevölkerung sofort einen Aufruf veröffentlicht habe.

Herr Dr. Strathmann erklärt nun in einer Zuschrift an Genossen Dittmann: „Ich teile Ihnen mit, daß ich Fehrenbach in der Tat so gesehen habe, wie ich in der „Kreuzzeitung“ schrieb und zwar etwa 1 1/2—2 Stunden nach der Tat. Es stehen dafür noch andere Zeugen zur Verfügung.“ Herr Dr. Strathmann meint weiter, „daß das Gerichtsurteil gar kein Beweis dagegen ist“. Offenbar ist Herr Dr. Strathmann am Worttage das Opfer einer Personenverwechslung geworden. Wer Erfahrung in solchen Dingen hat, weiß, daß man in aufgeregten Zeiten betannte Persönlichkeiten an allen möglichen Orten zu sehen glaubt, wo sie nicht sind, und daß sich ein ganzer Legendenkranz um sie bildet. Noch unferer genauen Kenntnis des Sachverhalts ist das Urteil in diesem Punkt gegen Dr. Strathmann im Recht. Wertwürdig bleibt, daß Herr Dr. Strathmann, dieser würdige Vertreter der politischen Inquisition, das Urteil dort ansieht, wo es zugunsten des Verurteilten spricht, es dagegen ironisch in all den Punkten verteidigt, in denen es zu seinem Schaden ausschlägt.

Der Eifer, mit dem sich Herr Dr. Strathmann für das weitere Verbleiben Fehrenbachs im Zuchthaus einsetzt, wirkt mehr peinlich als überzeugend.

Wirkung in die Ferne.

Die sozialistische „Freie Presse“ in Straßburg, die in antipoincaristischen aber in französischem Sinne geleitet wird, benützt die Begnadigung Marins, um das republikanische Frankreich gegenüber Deutschland, dem Lande des Falls Fehrenbach, in ein helles Licht zu rücken. Obwohl Marin zweifellos im Sinne des Geheimeschweizers und militärischer Reuterer gewesen sei, habe sich in Frankreich die öffentliche Meinung aller Kreise so entschieden für seine Begnadigung eingesetzt, daß sie die Begnadigung schließlich erzwungen habe. In Deutschland fände aber der Kampf der sozialistischen Presse für Fehrenbach nur bei einigen Intellektuellen Unterstützung. Der Artikel schließt:

Marin, der im bürgerlich-geleglichen Sinne schuldig war, ist frei.

Fehrenbach, der in jedem Sinn unschuldig ist, bleibt im Zuchthaus.

Im reaktionären Frankreich des Bloc National hat der Volkswille die Freilassung eines Gegners der herrschenden Mehrheit erzwungen.

Kreuzer, wo man bunt durcheinander sah, beim Hinweg nach dem Ausflugsort noch etwas steif, aber beim Rückzug desto vergnügter und ausgelassener...

Ein neues Tuberkulose-Heilverfahren empfahl in der letzten Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft Dr. Dührssen. Die Methode, die von einem Professor v. Weniger angegeben ist, besteht im täglichen Inhalieren von 50 Gramm einer Flüssigkeit, deren Zusammensetzung etwas geheimnisvoll ist. Sie soll ein Pflanzenextrakt darstellen, in dem Thor, Uran und Rangan enthalten sind. Nach dem Bericht des Vortragenden sind die Erfolge hervorragend, und irgendwelche Schäden wurden nie beobachtet. Von den vorgestellten Patienten waren einige ungeschickt aus Heilanstalten entlassen. Sie fühlten sich nach ihren Angaben schon nach wenigen Inhalationen wesentlich erholter, ihr Appetit hatte sich gesteigert, und Fieber und Nachtschweiß hatten nachgelassen.

Bei dem Welen der Tuberkulose sind Beobachtungen von längerer Zeitdauer nötig, wenn ein bestimmtes Urteil abgegeben werden soll, zumal über die theoretischen Grundlagen der Heilwirkung nichts zu erfahren war. Sanitätsrat Dohmer, der die nach dem neuen Verfahren Behandelten vorstellte, hat sich bereit erklärt, allen sich an ihn wendenden Ärzten die Methode zu zeigen und deren Patienten 14 Tage lang umsonst zu behandeln.

Geographie von Gottes Gnaden. Unter dem Titel „Aus dem Familienleben der letzten Habsburger“ veröffentlicht das „Allg. Abendblatt“ Erinnerungen von Leopold Bölling, einem ehemaligen österreichischen Erzherzog. Die Veröffentlichung ist im großen und ganzen für das geistige Niveau eines stumpfen Spießbürtums berechnet, aber sie bringt doch gelegentlich keine Aneddoten, die auch für geistig Besserstellerte gut und nützlich zu lesen sind. So berichtet Bölling von der Weltreise, die er einst im Gefolge des damaligen österreichischen Thronfolgers, des im Juni 1914 ermordeten Franz Ferdinand, machen mußte.

„Als wir an der Timorinsel vorbei“ erzählt er, „durch die Korallenriffe gegen Australien dampften und dieser Weltteil in Sicht kam, entpau sich eines Abends, da die Trinkopfer nicht so reichlich als sonst ausgefallen waren, eine Unterhaltung über den Flächeninhalt Australiens. Franz Ferdinand, der sein Wort immer als letztes abzugeben liebte, teilte uns mit, daß der Weltteil Australien nicht größer sei als das Land Böhmen.“

Ich nahm mir die Freiheit zu konstatieren, daß Australien mindestens 15mal so groß sei wie Böhmen. Da bekam Franz Ferdinand einen roten Kopf und ließ sich einen Atlas vorlegen, schlug darin das Blatt auf, das Böhmen darstellte, hauste mit dem Handrücken drauf und rief, außer sich mit triumphierenden Zeugnissen:

„Du siehst, daß Böhmen größer ist als dein dummes Australien!“, blätterte aufgeregt im Atlas, schimpfte, daß er das, was er suchte, nicht gleich finden konnte, machte endlich halt bei Australien und schrie wie befohlen:

„Da siehst, was für ein Schmarrenland dein Australien dagegen ist!“, riß das Blatt mit heftiger, aber geschickter Bewegung aus dem Band und legte es neben die Karte von Böhmen. „Da hast du’s!“

Im republikanischen Deutschland läßt der reaktionäre Wille Bayerns die Einkerbung eines Verteidigers der freigelegten Revolution aufrecht.

So finden verschiedene geschichtliche Volksentwicklungen in Einzelfällen trafen Ausdruck.

Der Vergleich, der hier gezogen wird, erscheint uns wenig angebracht. Denn wo bleibt das französische Gewissen gegenüber den vielen Hunderten Deutscher, die als unschuldige Opfer einer französischen sogenannten Militärjustiz wider alles Recht in den Gefängnissen schmachten? Und dieses schmutzige Unrecht, das im besetzten Gebiet verübt wird, wird von der öffentlichen Meinung Frankreichs im vermeintlichen nationalen Interesse stumm getragen, ja beschönigt oder gar verherrlicht, und die französischen Sozialisten sind in der Beurteilung dieser Dinge noch viel isolierter als wir deutschen Sozialisten im Kampf um Fehrenbach.

Man hüte sich auf beiden Seiten vor einem Phariseertum, das da betet: „Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jene.“ Für uns bleibt nur die Schlussfolgerung: Das Urteil gegen Fehrenbach und Genossen ist nicht nur eine Ungeheuerlichkeit, deren Beseitigung aus Gründen des Rechts geboten ist, es wird auch im Ausland als eine solche erkannt und gegen Deutschland ausgenützt. So ist die Befreiung der unschuldig Verurteilten nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit, sondern auch eine nationale Ehrenpflicht.

Der „Antifaschistentag“.

Eine Berliner Lokalkorrespondenz ergeht sich in Prophezeiungen darüber, wie sich die Beibehaltung der SPD. zu dem Verbot am Potsdamer „Antifaschistentag“ stellen wird. Da hierüber aber noch nichts Sicheres feststeht, ist es überflüssig, sich in Mutmaßungen zu ergehen. Hoffentlich gibt es auch in Kommunistenkreisen genug Vernünftige, die einsehen, daß angesichts der drohenden schweren Zusammenstöße das behördliche Verbot der Begründung doch nicht ganz entbehrt und daß es ein unverantwortliches Aufspielfügen von Menschenleben wäre, wenn man den Versuch unternehmen wollte, gewaltsam dagegen anzutreten.

Nach derselben Korrespondenz soll die Absicht bestehen, gegen Eisenbahnbetriebsräte, die trotz Verbots zur Demonstration aufzuziehen, disziplinarisch vorzugehen. Statt auf diese Weise Del ins Feuer zu ziehen, wird es besser sein, abzuwarten, ob solche Aufforderungen aufrechterhalten und befolgt werden, was uns einstweilen doch als recht zweifelhaft erscheint.

Die „Rote Fahne“ erklärt heute morgen, die Lage sei klar, die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsbureaucratie ständen „in Einheitsfront mit den Faschisten“. Wir können dazu ergänzend mitteilen, daß Ehrhardt in den Räumen der „Vorwärts“-Redaktion verborgen gehalten wird und an den Sitzungen des Parteivorstandes regelmäßig teilnimmt.

Ernst gesprochen: Daß ein Teil der Arbeiter die wahnsinnigen Lügenmärchen der Kommunisten als blanke Wahrheiten hinnimmt und ihren kopflosen Baroken folgt, wäre überhaupt unerklärlich, wenn nicht eben die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse schon manchen Leuten die Fähigkeit zu klarem Denken geraubt hätten. Von der Beibehaltung der SPD. ist zu verlangen, daß sie solche Stimmungen unglücklicher Menschen nicht mißbraucht und nicht aus Gründen ihres Prestiges ein Blutvergießen riskiert. Von der Regierung aber ist die Einsicht zu fordern, daß keine politischen Ruhegebote, sondern nur ernste Maßnahmen zur Behebung der schlimmsten Not die Unruhe in den Massen bannen können.

Befehungsjustiz.

Statt Todesstrafe lebenslängliche Zwangsarbeit.

Nachen, 26. Juli. (M.B.) Das heilige Kriegsgericht verhandelte in der Berufungsinstantz gegen vier Deutsche und zwar den Grafen Keller, Ludwig Schulze, Egon Ringenberg und Kurt Lorbeer, von denen die drei ersten wegen Sabotageversuche zum Tode, Lorbeer zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden waren. In der Verhandlung wurde das Urteil gegen die drei ersten in lebenslängliche Zwangsarbeit und gegen Lorbeer in 20jährige Zwangsarbeit umgewandelt.

Es war die große Karte Ozeaniens, die sich meiner flüchtigen Schätzung nach mindestens über 50 Breiten, und 150 Längengrade erstreckte.

Ich war bestürzt. Ich rief: „Die Maßstäbe sind doch verschieden! Die Karte von Böhmen ist im Maßstab 1:100 000, die Karte von Ozeanien im Maßstab von 1:8 000 000. Im Maßstab zu Böhmen müßtest du die Australien 50mal größer vorstellen als du es hier siehst.“

Franz Ferdinand stuchte, aber nach ein paar Sekunden hatte er wieder einen Wutanfall, bearbeitete die Karten mit seinen Fäusten und erklärte:

„Ich kummere mich einen Teufel um eure Maßstäbe! Der Atlas ist aus dem t. und t. Schulbuchverlag. R. f. nersteht?“ Da steht’s schwarz auf weiß. Was da steht, das glaub’ ich. Dabei bleibt’s!“ — Und legte mit einer Armbewegung Buch und Karte vom Tisch. Die Umgebung sah habtacht!

Diese Szene war nur eine von vielen, der zukünftige Kaiser von Oesterreich konnte sich nicht irren. Die Leute, die zu allem, was er nordbrachte, Sa und Amen sagten, schätzten er als lunge Menschen.“

Dieser Krein war ausseroren, einst die Millionenpöcker der österreichischen Monarchie zu regieren. Und es liegt kein Grund vor, ihn etwa als eine Ausnahmerscheinung anzusehen. Annige Freundschaft verband ihn mit dem ihm wesenverwandten Wilhelm, den er als Wessie- und Vorbild verehrte, und was seit der großen Thronkronmelze über andere Werhöchste bekannt geworden ist, ergibt ganz ähnliche Charakterbilder. Nicht nur politische Erwägungen, sondern auch die typischen Eigenschaften derer: von Gottes Gnaden sollten eine monarchische Regierungsform für jedes Kulturvolk unmöglich machen.

Deutsches Werkstudententum. Von 100 Werkstudenten der Deutschen Hochschulen waren nach einer Zusammenstellung der Deutschen Akademischen Rundschau 23 sowohl während des Semesters als auch während der Ferien, 85 nur in den Ferien tätig. In einem festen Anstellungsverhältnis befanden sich 4,6 Proz. Die Bezahlung erreichte durchschnittlich bei weitem nicht die der ungelerten Arbeiter. Es betrug nämlich 30 Proz. der Werkstudenten in der Industrie, in der Landwirtschaft 19 Proz. während der Ferien, 14 Proz. während des Semesters. Etwa ein Sechstel wird unter dem Begriff „Sonstiges“ zusammengefaßt, der alle möglichen Berufe, wie Fremdenführer, Klavierspieler, Nachtwächter usw. umfaßt. Unter den Pharmazeuten nehmen die Werkstudenten 64 Proz. ein, unter den Chemikern 54 Proz., unter der Theologen 52 Proz. Am wenigsten Werkstudenten gibt es unter den Medizinern, nämlich 32 Proz.

Eine tschechoslowakische Akademie in Rom. Die Tschechoslowaken will in Rom ein wissenschaftliches Institut gründen, das auf dem alten Sessorischen Boden den Angehörigen der Nation eine Arbeitsstätte bieten soll. Es wird den Namen „Akademie für Geschichte, Archäologie, Kunst und Literatur“ führen und der Bau soll binnen 5 Jahren erledigt werden. Für ihn hat die Stadt Rom unentgeltlich ein Grundstück auf der Baße Giulia dem tschechoslowakischen Staat überlassen.

Sommerlust in alter Zeit.

Die Zeiten, in denen auch der weniger Bemittelte sich während der Urlaubswochen eine kleine Erholungsreise gönnen konnte, sind vorüber. Die Fahrpreise der Eisenbahnen und die Kosten für den Aufenthalt in einer Sommerfrische haben derartige Höhen erklommen, daß das Budget der meisten, die nicht schreien, wuchern oder spekulieren, zu solchem Luxus nicht ausreicht. Da wendet sich dann der Blick unwillkürlich den Urgroßväterzeiten zu, da das Reisen in die Sommerfrische noch nicht üblich war, und man suchte Trost in der beschaulichen Art, in der damals die schöne Jahreszeit daheim „bei Mutter“ genossen wurde.

Wollte man sich ein besonderes Vergnügen leisten, so ging man in den städtischen Kaffeegärten, der schon im 18. Jahrhundert aufgefunden war. Bierhäuser oder Schenken zu besuchen galt damals dem soliden Bürger noch für „unsein“, und erst später hat sich mit der Verbesserung und Verbreitung des Bieres das moderne Wirtshauswesen entwickelt. Die Kaffeegärten aber machten eine Ausnahme. In Berlin war bereits in der friedericianischen Zeit der Tiergarten von Kaffeegärten bevölkert, und man machte Sonntags gleich nach dem Mittagessen eine „Wallfahrt“ nach dem Hoffjäger oder nach den Felten, wo Kaffee und Weißbier getrunken wurde und wo gegen Erlegung von vier guten Groschen ein Orchester, das aus Geige, Bassgeige, Flöte und Klarinette bestand, das musikalische Gehör marinierte. Das regste Leben herrschte in den Felten, wo besonders die Sonntag-Frühkonzerte die ganze „feine Gesellschaft“ im „Zirkel“, dem mit einer Florastatue geschmückten Rondell gegenüber den Wirtshäusern, versammelten.

Der Höhepunkt dieser alten Sommerlust war aber die „Vandpartie“; sie war ein seltenes Fest, zu dem man wochenlange Vorbereitungen traf. Schon wenn der Berliner nach Charlottenburg „auszog“, war das eine große Sache, denn man brauchte mit dem Wagen „wegen des vielen Sandes“ oft mehrere Stunden. Berregnete die Wandpartie, dann herrschte große Trauer. Einmal hatz Chadowick den Seinen versprochen, mit ihnen am Sonntag den Vergnügungsort Französisch-Buchholz zu besuchen. Aber es regnete, und darob war die Stimmung so trübe wie der Himmel. Da zeichnete der Meister zum Troste das föllische Blatt „Wallfahrt nach Französisch-Buchholz“, auf dem wir in komischer Uebertreibung eine solche Ausflugs-Gesellschaft der guten alten Zeit sehen. Voran die eine Tochter mit der Heugabel, die Büffel und Bregeln trägt, dann die beiden Söhne auf einem Esel reitend, der noch in zwei Körben die Kleinsten trägt, und als Nachhut die feingekleideten Damen, die Kuchen und Wein tragen, während den Zug ein lustig hieselnder Berreher beschließt. Wer sich keinen eigenen Wagen mieten konnte und so in geschlossener Gesellschaft das Vergnügen einer Spazierfahrt genoss, der stieg in den geräumigen

Häffänger und andere.

I.

Vor längerer Zeit veröffentlichte der „Kladderadatsch“ einen Häffengang seines Hausdichters Paul Barncke, neben dem die traurig berühmten Verse Lissauers gegen England geradezu pazifistisch anmuten. Wir bringen diesen von uns bereits einmal gekennzeichneten „Deutschen Schwur“ wieder in Erinnerung, der den deutschen Nationalisten offenbar so gefiel, daß sie ihn im Sonderdruck massenhaft verbreiten ließen:

Wer einem Franzosen im deutschen Land
Obdach gewährt und Unterstand,
Wer die verfluchte Hand ihm faßt,
Ihn nicht verachtet und tödlich haßt,
Ihn eines Blickes für würdig hält,
Wie bist nicht meidet sein gleichend Geld,
Ihn laßt mit einem Bissen Brot,
Ihm Hilfe leihst, wenn er in Not,
Wer einen Becher Wein ihm reicht,
Wer, wie vom Kas, nicht von ihm weicht,
Der sei hinfort im deutschen Land
Ein ehrovergeßener Lump genannt!

Hinreichend, nicht wahr? Hier spricht ein wahrhaft deutscher Dichter aus dem Herzen all derer, die nicht vom „Ost der Internationale“ verweht wurden.

II.

Am 19. d. M. verbreitete das Volkliche Telegraphen-Bureau aus Karlsruhe folgendes Telegramm:

Der Gastwirt Max Fladt in Rehl hatte vor einiger Zeit zwei französische Soldaten, die bei einer Pontonübung im Rhein ins Wasser gefallen waren, unter eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet. Einige Tage nach dem Vorfall wurde Fladt durch den Delegierten der Rheinlandkommission, Oberstleutnant von Rehl und durch den Kommandanten des Brückenkopfes Rehl, General Michel, Dank und Anerkennung ausgesprochen. Auf die Aufforderung des Delegierten, einen Wunsch zu äußern, erbat Fladt die Begnadigung der sieben zum Tode verurteilten Deutschen im Ruhrgebiet. Das hierauf auf Anraten des Generals Michel von Fladt gefertigte Gnadengesuch hat ersterer sofort an die zuständigen Stellen in Koblenz (wie die „Kölnische Zeitung“ in einem eigenen Bericht meldet: befürwortend R. d. B.) weitergegeben.

Nach dem Urteil des „Kladderadatsch“-Dichters muß hier ein ganz krasser Fall von „ehrovergeßener Lumperei“ vorliegen. Der Gastwirt Max Fladt hat nicht nur einem Franzosen Hilfe in der Not geleistet, sondern gar zwei französischen Soldaten (!) das Leben gerettet. Unerhörte Schuftelei! Wie hätte sich dagegen Herr Paul Barncke und alle diejenigen, die seinen „deutschen Schwur“ auswendig gelernt und an ihre Schaufenster angebracht haben, gefreut, wenn eine gütige Vorkehrung ihnen den Gemüß verschafft hätte, mit eigenen Augen zwei azurblaue „Bestien“ ertrinken zu sehen!

III.

Aber siehe da! Die gesamte deutschnationale Presse hat beim Abdruck des Karlsruher WTB-Telegramms in ihren Heberchriften ganz andere Gefühle zum Ausdruck gebracht als der Hahndichter des „Kladderadatsch“.

Durchaus sachlich, mit offenbar sympathischem Unterton die „Deutsche Tageszeitung“:

„Der Wunsch des Lebensretters.“

Noch um einen Grad freundlicher die „Deutsche Zeitung“:

„Ein wackerer Deutscher.“

Ganz begeistert zeigte sich die „Kreuzzeitung“:

„Hoch klingt das Lied vom braven Mann.“

Wie es scheint, war damit nicht das Lied des braven Barncke gemeint...

IV.

Wenn die sieben in Mainz zum Tode verurteilten Deutschen, wie wir es hoffen, dank der Unerblichkeit, Geistesgegenwart und Menschenliebe des Rehler Gastwirts Max Fladt begnadigt sein werden, so mögen sie über den Fall nachdenken. Wäre die französische Befehlshaberbehörde geistreich, so würde sie alle zum Tode Verurteilten wieder in Freiheit setzen, aber nicht ohne daß sie vorher einzeln vor dem Gastwirt Max Fladt antreten und mit dem nötigen Bathos die Barncke-Verse ihrem Lebensretter ins Gesicht schleudern müßten.

Dann wären wohl nicht nur jene nationalsozialistischen, verführten Jünglinge, sondern darüber hinaus Tausende von Hahnpredigern beiderseits der Grenzen endgültig kuriert.

Puttkamer vor dem Volksgericht.

Wegen „Anstiftung zum Mord“.

Vor dem Münchener Volksgericht hat heute der Prozeß gegen Franz v. Puttkamer begonnen, der beschuldigt wird, den von Geheimbündlern ermordeten — Studenten Baur zur Ermordung des früheren Reichskanzlers Dr. Bismarck und den Genossen Scheidemann aufgefordert zu haben. Puttkamer, der eine Zeit lang Berichterstatter des Sozialdemokratischen Dienstes war, hatte in Wahrheit den Studenten Baur ausgeführt, um Attentate zu verhindern. Ursprünglich warf man ihm vor, als Spion in der nationalsozialistischen Bewegung gewirkt zu haben, jetzt versucht man, ihn wegen angeblicher Aufforderung zum Mord zur Verantwortung zu ziehen. — Wir werden über den Verlauf dieses mehrwöchigen, nur in München möglichen Prozesses berichten.

	26. Juli		24. Juli	
	Käufer (Geld-Rurs)	Verkäufer (Brief-Rurs)	Käufer (Geld-Rurs)	Verkäufer (Brief-Rurs)
1 holländisch. Gulden	296260.—	296740.—	161954.—	162208.—
1 argentin. Papier-Peso	259350.—	260650.—	140448.—	141152.—
1 belgischer Franc	—	—	20448,50	20551,50
1 norwegische Krone	123600.—	124310.—	67481.—	67769.—
1 dänische Krone	183665.—	184335.—	72219.—	72581.—
1 schwedische Krone	202492,50	203507,50	109725.—	110275.—
1 finnische Mark	—	—	11770,50	11829,50
1 japanischer Yen	—	—	20145.—	202505.—
1 italienische Lire	32917,50	33082,50	15054,50	15145,50
1 Pfund Sterling	9491250.—	9508750.—	1895250.—	1904750.—
1 Dollar	758100.—	761900.—	412965.—	415035.—
1 französischer Franc	44538.—	44812.—	24788.—	24985.—
1 brasilianischer Milreis	—	—	43800.—	44110.—
1 Schweizer Franc	134662,50	135357,50	73715.—	74085.—
1 spanische Pieta	107730.—	108270.—	58852,50	59147,50
100 österr. Kronen (gest.)	—	—	598,50	601,50
1 schweizerische Krone	—	—	12468,50	12531,50
1 ungarische Krone	—	—	23,92	24,08
1 bulgarische Lewa	—	—	4089,50	4110.—
1 jugoslawischer Dinar	—	—	4418,50	4438,50

Berliner Ferienspiele.

In jedem Jahr hat das Jugendamt der Stadt Berlin die Ferienspiele sorgsam vorzubereiten, damit die vielen Kinder, die nicht verreisen und Bad und Feld durchstreifen können, auch etwas von der Ferienzeit haben. In den Jahren 1904 und 1905 tauchte der Gedanke auf, Kinder, die nicht die Großstadt verlassen können, auf größeren Wiesenplätzen zu fröhlichem Spiel zu versammeln. Damals wurden die Plätze in Buch und Planenfeld diesem Zwecke dienlich gemacht. Hier konnten sich die Kinder nach Herzenslust in frischer und reiner Luft tummeln. Nach und nach fand der Gedanke, Ferienplätze zu schaffen, immer mehr Anklang. Im Laufe der Jahre wuchs die Zahl dieser Spielplätze auf dreizehn an.

Der Ausbruch.

In den Morgenstunden versammeln sich die Kinder, die hinaus ins Freie wollen, auf den Berliner Sammelplätzen. Neun von ihnen vereinigen die Kinder, die hinaus sollen zur Wühlheide. Um 8½ Uhr morgens fährt die lustige Gesellschaft mit einem Sonderzug nach Sabowa. Während der halbstündigen Bahnfahrt wollen die kleinen Wappermäuler niemals stille stehen. „Also, das sage ich euch“, sagt ein kräftiger Burche, „heute bin ich einmal dran, euer Häuptling zu sein, und da müßt ihr alle mit jehochent!“ Zustimmung nicken die Zuhörer. Sie sind alle bereit, Trapper und Indianer zu spielen. Wenn Sabowa erreicht ist, will jeder der erste beim Verlassen des Zuges sein. Dann stellen sie sich in Reih und Glied auf. Gruppenweise wird die Sperre passiert. Mit Gesang geht's dann zur „Wühle“. Jeder sucht sich sein Plätzchen aus. Kleine primitive Zelte entstehen und bald ist der Lagerplatz fertig, auf dem nun ein himaläisches Leben und Treiben entsteht. Zunächst haben die Kinder eine viertelstündige Ruhepause. Dann ein Glockenzeichen und die einzelnen Gruppen marschieren alsbald geschlossen unter Führung der Helfer oder Helferinnen zu einer umweit der Küche gelegenen Stelle. Jede Gruppe schickt einige Jungen und auch Mädchen zur Küche, wo Eimer und Kessel mit dampfendem Inhalt bereitstehen und nun zur Gruppe getragen werden, wo Mädchen mit einer Schöpfkelle Suppe oder Kaffee austreten. Jedes Kind hat einen unzerbrechlichen Löffel mitzubringen. Dank dieser Vorsichtsmaßregel werden viele Unglücksfälle vermieden. Leider gibt es auch Eltern, die sich an gegebenen Vorsichtsmaßnahmen nicht halten, aber Jeter und Morbis schreiben, wenn es infolge ihrer Unachtsamkeit zu ersterem Unfall kommt. Ein jeder sollte darauf bedacht sein, die schwere Arbeit der Helfer und Helferinnen nicht noch schwerer zu gestalten. Zur Morgenuppe oder zum Morgentee verzehren die Kinder ihr mitgebrachtes Frühstück. Bis 11 Uhr mähet dann wieder die Ruhepause.

Der Spielplatz und seine Einrichtungen

In dieser Zeit in aller Ruhe gut besichtigt werden. Die Küche besteht aus einer festgebauten Holzbaracke. Vier mächtige Kessel, die je 500 Liter fassen, dienen zur Herstellung sämtlicher Mahlzeiten. Schon in den frühen Morgenstunden werden die Kessel unter Kohlen- und Holzfeuer gesetzt, damit der erste Morgentee, der aus Kaffee oder Suppe besteht, schon fertig ist, wenn die kleinen Gessler erscheinen. Auch ein Sanitätsraum ist vorhanden. Die notwendigsten Medikamente sind hier zu finden. Im Vorratssaal ist alles untergebracht, was zur täglichen Speisung von 2500 bis 3000 Kindern gebraucht wird. Der Materialverwalter ist gerade dabei, „Erbs mit Speck“ herauszugeben. Er hat einige zuverlässige Jungen bei sich, die ihm bei seiner Arbeit treu helfen. Ein anderer Raum birgt die Fetttonnen, Kondensmilch usw. Bei schlechtem Wetter finden die Kinder in Regenhallen Schutz. Auf dem Platze selbst steht ein nettes Siedlungshäuschen, in dem der Platzverwalter wohnt.

Ob Sommer oder Winter, immer muß jemand hier sein, der überall sein wachsameres Auge hat. Ein Sommer und Freund der Jugend hat für sämtliche Ferienspiele Turngeräte, Baren, Rumball und Reck anschaffen lassen, die natürlich rege benutzt werden. Es ist unterdessen 11 Uhr geworden. Wieder klingt die Glocke. Das allgemeine Spiel beginnt. Geeignete Gewerksleute, die den Tarif der städtischen Parkarbeiter erhalten, leiten neben Spielleitern aus dem Lehrberuf die Spiele. So finden sich in trauter Gemeinschaft große und kleine Kinderherden zusammen. Gegen ½ 11 Uhr schließen die ersten „hungrigen“ in verdächtigem Nähe der Küche herum. Aber noch ist es nicht so weit, und mit süßlicher Miene ziehen sie wieder ab. Doch einmal muß sich alles Warten vollenden. Und beim Mittagessen entwickelt sich ein ähnliches Bild wie beim Morgentee.

Besonders hungrige Jungen verzehren das Essen gleich da, wo sie es empfangen haben. Sie spekulieren auf den sogenannten „zweiten Zug“, eine zweite Mahlzeit. Wenn genügend da ist, wird auch dieser Wunsch erfüllt. Gessig verläßt jede Gruppe den Speisungsplatz.

Der Nachmittag.

Nun wird bis 3 Uhr geruht. Von 3 bis ½ 5 Uhr hat die Gesellschaft nochmals Gelegenheit, sich auszutoben. Während kommt wieder einige Unruhe in die kleine Gesellschaft. Der Oberstleutnant lächelt vergnügt. „Ja, sehen Sie“, meint er, „heute gibt es gleich Kaffee und zwei Schrippen als Beilage, da ist es natürlich kein Wunder, daß meine lieben Freunde so roge werden.“ Auch beim Schrippenverteilen spielen sich zuweilen belustigende Szenen ab. Jeder ist bemüht, die größten Schrippen zu erhalten. Ein Junge hat gleich für mehrere Freunde die zustoehenden Schrippen mitgebracht. Als er sich die angeblich „größeren“ aussucht, fangen die anderen an zu schreien und erhalten die Antwort: „Det is janz in Ordnung, id habe mir ja noch anstellen müssen.“ Nach dem Kaffeetrinken wird langsam zur Heimfahrt gerückt. Mit Gesang geht's nach Sabowa. Von hier bringt die Eisenbahn die Kinder nach Berlin, wo abends im Familienkreise der „Wühlfabrik“ die Glebnisse des Tages erzählt.

Der „Sonnengott von Schweden“.

Ein großer Eindruck, der anfangs d. M. in der Fruchtstraße verübt wurde, geht jetzt seiner Auflösung entgegen. Einem Holzhändler wurden damals für etwa 50 Millionen Nourriere gestohlen. Jetzt ist es der Kriminalpolizei gelungen, den Fehler zu ermitteln und hinter Schloß und Riegel zu legen. Es ist ein Hausbesitzer Richard Schwenn aus der Friedrichsfelder Straße. Ihm wurde nachgewiesen, daß er die Hölzer an verschiedene Händlermeister verkauft hat, die nicht wußten, daß sie es mit einem alten, schon mit Ruchhaus bestrafte Betrüger zu tun hatten. Als Schwenn gekert merkte, daß er als Helfer entlarvt war, schwang er sich auf sein Fahrrad und entlohf. Es gelang aber, ihn einzuholen und festzunehmen. Jetzt spielt er den wilden Mann, obwohl keine Miene an ihm nie eine Spur von Geistesgehrtheit gefunden haben. Er will von nichts wissen und erklärt auf jede Frage nur: „Ich bin nicht verrückt. Ich habe die Frau nicht totgeschlagen. Ich bin der Sonnengott von Schweden.“ Weiter ist aus ihm einzuweisen nichts mehr herauszubringen.

Die Kurzarbeiter-Wochenarten der Reichsbahn sind nunmehr in Umlauf gesetzt worden. Sie sind den Wochenforsten angepaßt, d. h. sie gelten nur für Entfernungen bis zu 75 Kilometer, sind für drei hin- und Rückfahrten in der vierten Wagenklasse pro Woche eingerichtet und werden auf Antrag die Normulare werden an den Schaltern ausgegeben. Die Fahrpreisermäßigung ist eine beträchtliche. Die Einrichtung ist mit Anerkennung zu begrüßen. Nur ist es bedauerlich, daß die Entfernung nur auf 75 Kilometer bemessen ist und nicht wie bei den schon seit langem bestehenden Arbeiter-Rückfahrarten, die für Entfernungen bis zu 100 Kilometer Geltung haben. So mancher Siedler ist von seiner Arbeitsstätte weiter als 75 Kilometer fort-

gezogen. Für ihn bringt, wenn er nicht voll beschäftigt ist, die Kurzarbeiterwochenarten keine Vergünstigung. Es wäre wünschenswert, wenn die Reichsbahn auch diesen Leuten entgegenkäme, die Entfernungsgrößen auf 100 Kilometer ausdehnte oder vielleicht wenigstens auf besonderen Antrag eine solche Entfernungsgrenze zuzuließe. Vielleicht geben diese Zeiten einige Anregung nach dieser Richtung hin.

Die Friedensfeiern am nächsten Sonntag.

Wie uns vom Aktionsausschuß „Wie wieder Krieg“ mitgeteilt wird, beeinflusst das Demonstrationsverbot des Ministers Senzering die für Sonntag, den 29. Juli, vormittags 10 Uhr, vorbereiteten Friedenskundgebungen nur insofern, als von einem Massenaufmarsch auf und neben dem Gelände des Garnisonfriedhofes abgesehen werden muß. Die Kranzniederlegung an den Gräbern der Opfer des Krieges wird nunmehr im Rahmen einer kleineren geschlossenen Veranstaltung auf dem Friedhofe, zu dem nur die Inhaber von Karten Zutritt haben werden, vor sich gehen. Als Ersatz für die Demonstration finden in folgenden Lokalen Berlins um 10 Uhr vormittags im Rahmen künstlerischer Darbietungen Saalkundgebungen statt: 1. Kiems Festhalle, Hasenheide (großer und kleiner Saal); 2. Gewerkschaftshaus, Engelauer 25 (großer Saal); 3. Alhambra am Moritzplatz (Saal und Garten); 4. Böhm-Brauerei, Brenzlauer Allee 242 (großer Saal und Garten). Da mit einem großen Andrang gerechnet wird, können Einlaßkarten — der Eintritt ist kostenfrei — für die verschiedenen Etablissements am Freitag und Sonnabend nachmittags von 5 bis 8 Uhr am Eingang zu diesen Lokalen abgeholt werden.

Der Roman des Ruhhilfeschwindlers.

Als die Sache zum Klappen kam.

Als ein raffinierter Schwindler entpuppte sich der 21jährige Mechaniker Bruno Kanstein, der sich wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrug vor der Ferienhofkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Kanstein war schon in jugendlichem Alter aus dem Elternhause entwichen und hatte zahlreiche Betrügereien und Diebereien begangen, die ihn mehrfach ins Gefängnis geführt hatten. Nachdem er im Februar seine letzte Strafe in Kofkost verbüßt hatte, kam er nach Berlin und meldete sich mit falschen Ausweispapieren bei der Fürsorgestelle für die Ruhhilfe. Er stiftete dabei einen förmlichen Roman auf. Nach seinen Papieren war er in Kofkost geboren und wollte von den Franzosen zu Zwangsarbeit verurteilt und nach Frankreich gebracht worden sein. Es sei ihm, so erzählte er, aber gelungen, aus der französischen Gefangenschaft zu entweichen und nach einer abenteuerlichen Flucht über Nizza, Aegypten und den Suez-Kanal nach Deutschland zurückzukehren. In Essen habe er Arbeit gefunden, habe aber bei der Besetzung Essens aus Furcht, von den Franzosen wieder ergriffen zu werden, von neuem flüchten müssen. Kanstein legte auch eine Bescheinigung eines Dr. Müller aus Essen vor, daß er in Essen beschäftigt gewesen sei. Vor Gericht gab der Angeklagte zu, daß diese ganzen Erzählungen Schwindel seien. Jedenfalls war es ihm aber gelungen, von der Ruhhilfe erhebliche Beträge zu erlangen. Mit seinen gefälschten Ausweisen war er dann auch noch zum „Berliner Tageblatt“ gegangen und hatte auch dort sich eine Unterstüzung aus den Ruhhilfsammlungen erkundigt. Zum Klappen war die Sache gekommen, als der junge Mann sich bei der Fürsorgestelle des „Roten Kreuzes“ am Schlesischen Bahnhof an Ruhrflüchtlinge herangemacht und sich mit dem Monotel im Auge als „Oraf“ ausgegeben hatte. Das Gericht erklärte in dem Vorgehen des Angeklagten, der sich die Not des Landes zunutze gemacht und die Ruhrflüchtlinge durch seine Betrügereien geschädigt hatte, eine außerordentlich gemeine Gesinnung. Nur mit Rücksicht auf seine Jugend und um ihm den den letzten Weg, in ein ordentliches Leben zurückzukehren, nicht abzuschneiden, sah das Gericht noch einmal von der Verhängung einer Zuchthausstrafe ab und verurteilte Kanstein zu zwei Jahren, einen Monat Gefängnis. Zwei Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Aufounfall des Ministers Hermes.

Heute vormittag gegen 9 Uhr stießen an der Ecke der Prager und Regensburger Straße zwei Personentransportwagen mit solcher Wucht zusammen, daß einer von ihnen umgeworfen wurde. Die in dem Kraftwagen sitzenden Personen, der Reichsfinanzminister Hermes und zwei Staatssekretäre sind unverletzt davongekommen.

Für dringende Reisen nach dem englisch besetzten Gebiet. Für dringende Reisen (aus Anlaß von Todesfällen und sehr eiligem öffentlichen Dienst) ins englisch besetzte Gebiet werden Geleitscheine erteilt. Anträge sind mit Belegen an das Städtische Verkehrsamt in Köln, Domhof 28, zu richten. Inhaber von Geleitscheinen können Fahrkarten nach englisch besetzten Stationen erhalten.

Der Meinesche Männerchor, der am kommenden Sonnabend wiederum ein öffentliches Gesangsconcert geben wollte, mußte infolge der Verordnungen des Innenministeriums davon Abstand nehmen. Die Sangesbrüder treffen sich jedoch am Freitag, den 27. Juli, um 8 Uhr im „Kunsthof“ in der Berlberger Straße.

Arbeiter sport.

Sportfest in Teget.

Am Sonntag, den 22. Juli, fand in Teget anläßlich des 21jährigen Bestehens des Vereins „Eiche Teget“ ein Sportfest statt. Das Fest wurde von auswärtigen Vereinen stark besucht und hat guten Sport. Besonders die Schottent sind aufregende Momente. Um 1 Uhr nachm. fand ein Hin- und Herlaufen der Turner und Turnerinnen mit einer 100 Mann starken Trommel- und Pfeifertruppe an der Spitze statt. Das Sportfest nahm trotz des nachmittags einsetzenden Regens einen schönen Verlauf. Ein Handballspiel zwischen Eiche Teget und Nichte-Ort, was letzteres mit 1:0 gewann. Schloß das zweite Tegeter Turnfest. Es wurden allgemein gute Resultate erzielt.

Kurzarbeiter „Acht“, Berlin. Die Ausgabe der Karten zum Stadion erfolgt an jedem Tag bis zum 2. August nachmittags von 4 bis 6 Uhr Abendmitter Straße 108. Abrechnungstag 2. August. Ausweis mitbringen.

Sport.

Weltmeisterschafts-Ringkämpfe des Internationalen Ringerverbandes in der Brauerei Königsplatz brachten am Dienstag recht interessante Beobachtungen. Der Garten war trotz des kühlen Abends gut besucht. Mit doppeltem Armzug aus dem Stand warl Paul Wobus - Berlin, Bogtman - Bayern nach 21 Minuten in überlegener Art. Zwei gleichzeitige Ringer fanden sich im nächsten Treffen gegenüber von den Born - Holland und Velitzjan - Berlin. Der Kampf verlief nach 25 Minuten beiden Ringe ergebnislos. Die Begegnung Brückner - Breslau und Langenbach - Hamm endete mit einem Sieg des letzteren nach 16 Minuten durch Hüftschwung aus dem Stand. Hirs Scholz - Berlin, einer der Hauptkämpfer auf den Sieg, rang mit Paul Oph - Raumburg 22 Minuten, dann erst gelang es Scholz - Berlin, Oph durch einen plötzlichen Schlenker aus dem Stand auf beide Schultern zu legen. Hein - Berlin und Bolke - Bremen rangen unentschieden. Am Mittwoch wurden die Ringkämpfe wegen des anhaltenden Unwetters im Saal der Brauerei ausgetragen. Rodny - Welen und Brückner - Breslau rangen 25 Minuten unentschieden. Ein Kampf, der mehr im Stand geführt wurde und technisch weit zurück blieb. Wobus - Berlin und Velitzjan - Wuppertal, beide leichte gewandte Ringer, kamen ebenfalls nach 25 Minuten zu keinem Resultat. Das Treffen Bogtman - Bayern und von den Born - Holland endete mit einem Sieg des Hollanders, der seinen letzten Gegner nach 16 Minuten durch Unterwurf von hinten auf die Matte legte. Beide Gegner liefen einen großen Gewichtsniederlauf an. Einen schönen, technisch außerordentlich guten Kampf zeigten Scholz - Berlin und Wobus - Berlin. Nachdem beide ihr Bestes hergegeben hatten, gelang es Scholz - Berlin nach 19 Minuten Brückner - Oberhessen durch Armzug am Boden festzuballen. Ein Treffen, das reich an interessanten und humoristischen Momenten war, zigten Reiber - München und Scholz - Wuppertal. Reiber ging mit dem Reutämer über ins Freie, erst nach 22 Minuten gelang es dem Münchner, Gadsch - Reutämer durch doppelten Armzug am Boden festzuballen.

Gewerkschaftsbewegung

Das Gebot der Stunde.

Der Kampf um die Wertbeständigkeit der Löhne und Gehälter kann heute schon als entschieden betrachtet werden. Nachdem das Reich, die Länder und Gemeinden ihre Beamten, Angestellten und Arbeiter wertbeständig bezahlen, nachdem in einer ganzen Reihe von Berufen Lohnvereinbarungen getroffen worden, die eine wertbeständige der Löhne nicht mehr aufzuhalten. Auch da, wo eine bestimmte Lohnklausel über die Wertbeständigkeit in den Verträgen nicht enthalten ist, hat man sich seit der wöchentlichen Veröffentlichung der Reichsindexziffer im allgemeinen damit abgefunden, allmählich die Löhne entsprechend der konstatierten Preissteigerung festzusetzen. Diese Festsetzung braucht nur für eine längere Dauer geregelt und dahin ergänzt zu werden, daß der voraussichtlichen Teuerung gleichfalls Rechnung getragen wird, um die Wertbeständigkeit der Löhne, soweit diese durch einen Vertrag zwischen Unternehmern und Arbeitern gesichert werden kann, zu erhalten.

Damit ist aber nur eine Seite der Frage geregelt. Um die Löhne wirklich wertbeständig zu machen, ist es unbedingt notwendig, daß wertbeständige Sparmaßnahmen in großem Umfang getroffen werden, die der Masse der Arbeiter und Angestellten zugänglich sind. Diese Forderung muß jetzt mit allem Nachdruck vertreten werden.

Aber wenn diese zweite Forderung durchgesetzt sein wird, so wird das eigentliche Problem erst von der Lohnseite geregelt sein. Es ist natürlich ganz ausgeschlossen, daß das Reich, die Länder und Gemeinden ihre Angestellten, Beamten und Arbeiter wertbeständig zahlen, wenn nicht gleichzeitig die Einnahmen dementsprechend gestaltet werden. Die Bankrottwirtschaft des Reichsfinanzministeriums darf nicht mehr weitergeführt werden. Die Gewerkschaften müssen jetzt ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß nicht nur dem Lohnbetrug, sondern auch dem unerhörten Steuerbetrug ein Ende gemacht wird.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben in richtiger Erkenntnis der Notwendigkeit zur Gesundung unserer Wirtschaft und unserer Finanzen eine besondere Kommission mit der Ausarbeitung eines Finanzprogramms beauftragt. Ueber den Inhalt dieses Programms kann es eine Meinungsverschiedenheit nicht geben. Auch hier muß die Wertbeständigkeit der Steuern, wie aller Einnahmen des Reiches vorangestellt werden.

Man hat gegen die Wertbeständigkeit der Löhne die spießigsten Argumente ins Feld geführt. Man sprach von Inflation, Weltmarktpreisen, Gold- und Dollarlöhnen, Abbau der Zwangswirtschaft usw. Dies alles um eine sehr klare und einfache Forderung, nämlich daß die vereinbarten Löhne auch wirklich gezahlt werden, zu verwirren.

Mit denselben spießigsten Argumenten versuchen bürgerliche Reaktionäre und die sogenannten Interessenten, d. h. die Kreise, die an der Erhaltung des Steuerbetruges interessiert sind, die klare und einfache Frage mit allen erdenklichen technischen Nebenfragen zu verschleiern. Es handelt sich aber in Wirklichkeit einzig und allein um folgendes Problem: Gegenwärtig nimmt das Reich für 100 M. seiner Ausgaben nur etwa 3 bis 4 M. aus Steuern, Zöllen usw. ein. Den Rest besorgt die Notenpresse. Es ist somit klar, daß die 100 M., die das Reich verausgabt, nur den Wert der wirklichen Einnahmen haben können, und da diese Einnahmen sich im Verhältnis zu den Ausgaben ständig verringern, muß auch der Wert des ausgegebenen Papiergeldes in demselben Maße sinken. Um diese Geldentwertung zu verhindern, müssen also die Einnahmen der Geldentwertung angepaßt werden.

Ob diese Einnahmen ganz allgemein noch einer Schlüsselzahl oder noch einem anderen Berechnungsfaktor gestaltet werden, ist eine sekundäre Frage. Worauf es jetzt ankommt, ist die Durchführung der Wertbeständigkeit der öffentlichen Einnahmen.

Dann, aber auch nur dann, wird die Notenpresse zum Stillstand kommen. Dann, aber auch nur dann, wird die ungeheuerliche Geldentwertung und die daraus sich ergebende Zerrüttung der Wirtschaft und die Verelendung der großen Massen ein Ende finden.

Diese Forderungen hat die Vereinigte Sozialdemokratie seit Monaten im Parlament vertreten. Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben sie nun gleichfalls zu den ihren gemacht. Es gilt jetzt, die gesamte Kraft der gewerkschaftlichen Organisationen in Bewegung zu setzen und in die Waagschale zu werfen, um der Ausplünderung der breiten Massen mit Hilfe der Notenpresse ein Ende zu machen.

Die neuen Löhne im Holzwirtschaft.

Am Mittwoch tagten die Funktionäre des Holzarbeiterverbandes in der Holzgewerkschaft, um zur Lohnregelung für die Zeit vom 22. bis 28. Juli Stellung zu nehmen. Der Berichterstatter Böse wies auf die katastrophale Entwicklung und die damit wiederum not-

wendig gewordene Lohnforderung hin. Um mit der Teuerung Schritt zu halten, wurde von der Verwaltung des Holzarbeiterverbandes eine Forderung für die jeweilige Lohnwoche von 75 Proz. aufgestellt. Verhandlungen darüber haben am Dienstag stattgefunden. Die Arbeitgeber glaubten, sich auf die amtlichen Steigerungsziffern berufen zu können und boten eine Zulage von 35 Proz. an, welche jedoch auf 50 Proz. im Verlaufe der Verhandlungen erhöht wurde. Die Ortsverwaltung hat unter Zurückstellung vieler Bedenken diesem Angebot zugestimmt und empfahl der Funktionärversammlung gleichfalls die Annahme.

In der Diskussion äußerten sich die Redner allgemein ablehnend, da die Zulage keinen Ausgleich für die eingetretene Teuerungstotalität bringe. Die Reichsregierung solle die Fäden schleifen und sieht den Schiedern und Buchereien mit veränderten Armen zu. Der ADGB. erfülle als Spitzenorganisation nicht seine Pflicht, um die breite Masse vor diesen Auswüchsen zu schützen.

In der anschließenden Abstimmung nahm die Versammlung die neuen Löhne mit schwacher Mehrheit an. Somit ist für die Woche vom 22. bis 28. Juli der Tariflohn auf 27 860 M. festgesetzt. Die Montag Zulage für außerhalb betragen 111 150 M. pro Tag und für Berlin 1190 M. pro Stunde. Auch von Arbeitgeberseite ist die Zustimmung erfolgt.

Funktionärversammlung der Metallarbeiter.

Am Mittwochabend fand eine Funktionärkonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes der dem DGB. angeschlossenen Betriebe statt. Ulrich sprach über die Frage: „Wie schaffen wir uns wirklich wertbeständige Löhne?“ Er gab einen kurzen Rückblick über den Streit. Besonders wurde die Frage behandelt, wie die Wertbeständigkeit der Löhne weiter ausgebaut werden solle. Er richtete an die Kollegen die Frage, auf welche Art und Weise es am zweckmäßigsten erscheine, die Regelung durchzuführen, weil die zweimalige Lohnzahlung in den Betrieben durch den Widerstand der Angestellten fast zur Unmöglichkeit gemacht werde. Er schlug deshalb vor, daß bei den Unternehmern beantragt werden solle, den Lohn nicht, wie bisher, zu Anfang der Woche festzusetzen, sondern erst am Schluß der Woche und ihm dadurch rückwirkende Kraft zu verleihen, um die Wertbeständigkeit des Lohnes dadurch mehr zu sichern. Er forderte die Betriebsvertreter und Funktionäre auf, in den Betrieben mit den Vertretern der Kopfarbeiter Rücksprache darüber zu nehmen, wie am vorteilhaftesten der Entlohnungsmodus durchgeführt werden könne. In der Diskussion sprachen sich fast alle Redner für den Vorschlag Ulrich aus.

Bahls und Schöde (A.D.) vertraten die Auffassung, daß dahin gewirkt werden müsse, daß die Lohnverhandlungen für alle Arbeiter an einem Tage gemeinsam geführt werden müßten. Im übrigen bedeute der Vorschlag Ulrich eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand.

Am Schlußwort betonte Ulrich, daß er sich freue, daß die Kommunisten den Vorschlag des ADGB. angenommen haben, denn er geht ja gerade dahin, eine einheitliche Lohnfestsetzung für alle Arbeiter einzuführen und den erreichten Aber am Schlusse jeder Woche automatisch aufzuschlagen. Der Vorschlag Ulrich, die Festsetzung des Lohnes erst am Freitag anzunehmen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Weiter wurde eine Resolution angenommen, die gegen das Verbot des Antifaschistenbundes protestiert und die Aufhebung des Verbotes fordert. Es ist im übrigen interessant, festzustellen, daß die Kommunisten, die zu Wahlzwecken die unglücklichsten Angriffe gegen Ulrich und die Vereinbarung gerichtet hatten, recht still geworden waren.

Zur Verbandstagswahl der Metallarbeiter.

Zu den bis jetzt vorliegenden Resultaten zur Verbandstagswahl im Deutschen Metallarbeiter-Verband sind noch folgende nachzutragen. Für Moskau stimmten: Hanau, Weibert, Klost-Bismar, Anklam. Für Amsterdam stimmten: Wehlar, Hirzenhain-Wissen, Herborn-Siegen, Bottenberg-Wertheim, Mainz, Koblenz-Trier, Kassel, Darmstadt, Offenbach, Barmen, Oberfeld, Genselsberg. Im Freistaat Sachsen sind bisher gewählt 43 Delegierte der Amsterdamer und 9 Delegierte der Moskauer Richtung; drei Resultate stehen noch aus.

Bergarbeiterstreik in Sachsen.

Im Zwickauer und Delsnitz-Zugauer Bezirk sind die Bergarbeiter in den Zustand getreten. Sie verlangen eine einmalige Wirtschaftshilfe von 500 000 M. und sind auch mit den Lohnverhältnissen nicht zufrieden. Sie erklären, nicht früher wieder einzufahren zu wollen, bis die Lohnfrage eine für sie befriedigende Regelung gefunden hat.

Deutscher Bauergewerksbund, Fachgruppe der Töpfer. Die Auszahlung der letzten Streikunterstützung findet in den bisherigen Streikkontrollbezirken am Sonnabend von 7-9 Uhr abends statt. Wer die Unterstützung dabeilich nicht abholt, erhält diese später nur im Bureau Engelauer 24, Zimmer 58, n der Woche vom 30. Juli bis 4. August ausgezahlt.

Zentralverband der Kesselheiler, Fachgruppe Kessel. Sektionsbeiträge des DGB. -Bezirks! Morgen Freitag, wichtige Informationen. Ortsbureau, Seel-Adler-Str. 6, abends 6 Uhr.

Jugendveranstaltungen.

Leitung, Rürnberg-Fahrer! Am Freitag, 27. Juli, 18 Uhr, findet im Jugendheim, Lindwitzer 3, eine Zusammenkunft aller Rürnberg-Fahrer statt. Pünktl. Erscheinen ist erforderlich. Das Gesprächswort „Erlösung“ von B. Schönlank ist mitzubringen.

Wirtschaft

Zahlungsmittelknappheit.

Obwohl die Reichsbank in der Handhabung der Notenpresse doch nun schon einige Übung haben sollte und obwohl ihre maßgebenden Leiter oft genug versichert haben, daß sie den von ihnen gegen den Währungsverfall widerwillig erlassenen und ungeschickt durchgeführten Maßnahmen wenig Vertrauen schenken — obwohl also die Reichsbank durch ihre Ueberlieferung und durch ihre eigene Verteilung des Devisenmarktes auf gewaltige Anforderungen an Zahlungsmittel gestoßt und eingerichtet sein mußte, trotzdem in den letzten Tagen mit der großen Preiserhöhung auf allen Gebieten eine Zahlungsmittelknappheit ein, die zu den schwersten Besorgnissen Anlaß gab. Wenn also kürzlich die Reichsbank wegen ihres Versagens in der Währungs- und Kreditpolitik als „Zentralnotenfabrik“ bezeichnet wurde, so muß man schon feststellen, daß sie auch als solche schlecht funktioniert. Große Summen an benötigtem Geld wurden von der Reichsbank in kleinen Scheinen verabsolgt. So wurde der Zahlungsverkehr in einer ungeheuren Weise belastet. Das ist auch deshalb kein Wunder, weil in dem Zeitalter der Goldpreise die größte deutsche Reichsbanknote noch nicht 10 Goldmark, am Dollar berechnet, beträgt. Zur Beruhigung derjenigen Kreise, die besonders von der Zahlungsmittelknappheit betroffen wurden, wird jetzt mitgeteilt:

Die seit Beginn dieser Woche eingetretenen ungeheuren Preissteigerungen sowie die auffallend starken Abhebungen von Bargeld durch das Publikum bei den Banken, die wohl im Zusammenhang mit den innerpolitischen Befürchtungen stehen, stellen die Reichsbank vor eine außerordentlich schwierige Situation. Obwohl augenblicklich täglich 2 Billionen Papiermark in den Verkehr gegeben werden, ergeben sich infolge des starken Ansturms doch erhebliche Schwierigkeiten und Verzögerungen. Diese treten besonders scharf in Berlin in Erscheinung. Auch bei den Lohnzahlungen am Ende der laufenden Woche dürfte sich noch manche Verzögerung ergeben. Die Reichsbank hofft jedoch all dieser Schwierigkeiten in wenigen Tagen Herr zu werden. Am Freitag der laufenden Woche werden bereits große Mengen der erst jetzt neu geschaffenen 5-Millionen-Scheine in den Verkehr gebracht. Im Laufe der nächsten Woche sollen ebenfalls große Massen an Scheinen zu 100 000 und zu 500 000 M. ausgegeben werden. Auch der 1-Millionen-Schein wird gegen Ende der kommenden Woche in bedeutenden Mengen auf den Markt geworfen werden. Die Reichsbank rechnet bestimmt damit, daß sie in der Lage sein wird, für die Gehaltszahlung am Monatschluß den Anforderungen der Wirtschaft zu genügen.

Es verläutet überdies, daß demnächst auch der zehn-millionen-Schein ausgegeben werden soll. Er würde nach der letzten Berliner Dollarnotierung einem Wert von rund 100 Goldmark entsprechen, also wahrscheinlich auch bald überholt sein, wenn Geldentwertung und Warenpreissteigerung noch lange anhalten, was leider noch immer zu befürchten ist, nachdem auf dem Gebiete der Währungspolitik alle grundlegenden Maßnahmen ins Endlose verzögert werden.

Biersteuererhöhung. Am 1. August 1928 tritt das neue Biersteuergesetz in Kraft. Seine Steuerfüße sind soeben durch Verordnung des Reichsministers der Finanzen verknüpft worden und betragen für 1 Hektoliter Vollbier 20 500 bis 25 000 M. Von dem Bier, das sich am 1. August außerhalb der Brauereien im Besitz von Bierhändlern und Wirten befindet, ist eine Nachsteuer zu entrichten, die für Einfascher 10 470 M., für Schaumbier 15 718 M., für Vollbier 20 988 M. für 1 Hektoliter beträgt. Nachsteuerfrei sind Bierbörre von nicht mehr als 2 Hektoliter. Angebrochene Gefäße werden hierauf nicht angerechnet. Alle Mehrmengen sind bis zum 6. August dem Zollamt angemeldet.

Die italienische Genossenschaftsbewegung befindet sich seit Jahr und Tag in einer schweren Krise. Konkurs und Liquidation werden immer zahlreicher. Davon werden nicht nur die unter faschistischen Gewalttätigkeiten leidenden „sozialistischen“, sondern auch die katholischen und neutralen Genossenschaften betroffen. Es handelt sich also um eine allgemeine Krankheit, die nach Ercole Bassi, dem Präsidenten der Lega Nazionale delle Cooperative, überall die gleiche Ursache hat. Die ernsteste und bedeutendste ist der absolute Mangel an Geld, der die Genossenschaften hindert, bar zu kaufen, und sie zwingt, Bankkredite in Anspruch zu nehmen, die heute plötzlich entzogen werden und zur Betriebseinstellung führen. Weiter ist ein schwerer Fehler das geringe Maß an genossenschaftlichem Geiste, das die Massen noch befeuert. Hier fehlt es an guter genossenschaftlicher Erziehung. Ein großer Mangel ist endlich noch die riesige Zersplitterung der Bewegung. Jede Berufsgruppe, auch in Orten von beschränktem Umfang, will ihren besonderen Konsumverein haben. Das ergibt dann winzige kapitalistische Gebilde, die beim ersten konträren Winde zusammenbrechen. Es wird einwärtiger Anstrengungen bedürfen, um wieder gesündere Zustände herbeizuführen.

Rechtsanwälte für Politik: Victor Schiff, Berlin; Striffoff; Felix Cahnmann, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: S. Cleiner, Berlin; Funktionäre: Dr. John Schilfmeier, Charlottenburg; Ekelos und Conrads; Witz Ribbus, Berlin-Pankow; Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Bornharts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornharts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindruckers u. Lithographen
Freitag, den 3. August
nachm. 5 1/2 Uhr

Ordentliche Generalversammlung
in Berlin, Alexandrienerstr. 44.
Tagesordnung geht den Delegierten zu.
1928
Der Vorstand.

Alle Seifenhändler
decken Ihren Bedarf
in Toiletenseifen, 1a Kernseifen,
Seifenpulver usw. im Seifenlager
Emerich A. Salgo,
N 84, Lothringers-Str. 38, Hof
Fernsprecher: Norden 1976

BÜCHER GESUCHT
Wir sind ständige Abnehmer
von antiquarischer, besonders
sozialistischer Literatur.

VERLAG DER NEUEN GESELLSCHAFT
W. 16, Sächelsche Str. 7 — Pfalzberg 5140.

TRAURINGE
in jed. Größe u. Qualität, stets
vorrrät, nur bill. Preisberechnung
M. Dinse, Juweller
Lichtenberg, Frankf. Allee 202
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichsf.
Teleph. Lichtenberg 3322

200 000 Mark bar
aufklar. anreend.
Gratisbroschüre d.
F. Erdmann & Co., Bln., Königgrätzer-Str. 71

Erfinder
* Flatow
Betriebsrätegesetz
* Neu
13 Aufl. 126-130000
* Der
unentbehrlichste
in der Praxis
* laut Fachkritik der
beste
Kommentar
* geb. 6.— brosch. 4.—
* x Schlüsselzahl d. Buchhdt.
* Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 3
*

Anzüge 975⁰⁰⁰
gut, modern verarbeitet, in Stoff
vom besten bis zum billigsten, u.

Reise-, Sportkleider
Anzüge — Mäntel — Hosen

Mäntel 495⁰⁰⁰
treffliche Stoffe, neueste Form, vom
normalesten bis z. einschüßten, u.

Gummi-Mäntel
nur in Marken, elegante Form

Hosen 245⁰⁰⁰
Rommigern, Sudafin, schöne Arris-
ten, feste billige Arbeitshosen, u.

Kleckenki

Wilmersdorfer Str. 127 Boxhagener Str. 47
am Bht. Charlottenbg., Ecke Schillerstr. am Bahnhof Stralau Rummelsburg

Kottbuser Str. 4 Badstr. 16
am Kottbuser Tor vom 2. August 1928 ab

Fahrgeldvergütung!

Anzüge
Paletots
Hosen
fertig und nach Maß
Gummimäntel
Manchester-Loden
Knaben-Garderob.
Wäsche, Hüte
Gute Waren
Billige Preise
Auf Wunsch Zahlungs-
erleichterung!
In kleinen Verzugszahl.
G. Prager
Brunnenstraße 11
2. Mi. v. Bismarckstr.

Gardinen
Stores, Küstlepp-
Wäbrenord., Bett-
decken, Tischdecken.
Billige Preise,
gute Qualitäten sind
meine Reflekt.
Witze, Wilmersdorfer
Str. 664, 127, 1. 2. 3.

Willst du
preiswert
Hosen
kaufen,
mußt zu
Hosen-Anders
laufen.
A. Anders,
Beusselstr. 25

Zu Ehren des schicksaligen Geburtstages
GERHART HAUPTMANN'S
erschienen in vornehmer Ausstattung und
mit einem noch unveröffentlichten Tief-
druckbild des Dichters:
KONRAD HENISCH
Gerhart
Hauptmann
und das
deutsche Volk
Das aus unmittelbaren Erlebnissen quellen-
de Buch bringt viel Neues, bisher Unbe-
kanntes über den Menschen und Dichter.
Es offenbart in ihrer Kraft und Schönheit
Hauptmanns unvergängliche Werke und
zeigt den bahnbrechenden Genius in
seinem Einfluß auf den mächtigen Um-
gestaltungswillen des Volkes
Preis-Grundsatz geb. M. 2.50
BUCHHANDLUNG VORWÄRTS
BERLIN SW. 68, LINDENSTR. 3